

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schreibband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Kaufschilling, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die abgesetzte Reklamenspalte ober dem Namen kostet 4,- M. einschließlich Druckaufschlag. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druckaufschlag. Ausland: Kurze im Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Morgen-Ausgabe: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4519, 4523, 4635, 4645, 4621.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nieder mit dem Zuchthausgesetz

Der Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft

Die Berliner Arbeiterschaft versammelte sich gestern nachmittag im Berliner Lustgarten, um gegen das Zuchthausgesetz, das unter dem Vorwand der Durchführung der Entwaffnung im Reichstage eingebracht worden ist, wuchtigen Protest zu erheben. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war der weite Platz vor dem Dom und dem alten Museum von Menschenmassen angefüllt, und immer neue Züge von Arbeitern, die geschloffenen aus ihren Betrieben kamen, strömten aus allen Stadtgegenden dem Lustgarten zu. Als um 5 1/2 Uhr das Trompetensignal den Beginn der Ansprachen ankündigte, war der weite Raum vom Schloß bis zum Dom und altem Museum im weiten Umkreis dicht mit der Menschenmasse gefüllt. Von der U. S. P. sprachen die Abgeordneten Rosenfeld, Kemmele, Reich, Unterleitner, Löwenstein, sowie die Genossen Bollmerhaus, Hesselbarth, Otto Meyer und andere. Die Redner zeigten, daß man dem in Spaa abgeschlossenen Vertrag zum Vorwand benutzen will, um dieses Schandgesetz, das sich nur gegen die Arbeiterschaft richtet, durchzubringen. Unter dem Schein der gleichmäßigen Entwaffnung der Arbeiter und der Reaktionsnähe enthält das Gesetz furchtbare Fesseln für die Arbeiterschaft, die in ihrer Auswirkung das Sozialistengesetz, ja sogar den Rostkeschen Ausnahmezustand übertrifft.

Wenn das Gesetz vom Reichstag angenommen wird, dann erhält der Reichspräsident das Recht, einen Reichskommissar einzusetzen, der als Diktator über das deutsche Proletariat herrschen würde. Nach den bisherigen Erfahrungen, die bisher in der deutschen Republik gemacht worden sind, werde dieser Kommissar seine Aufgabe vor allem darin erblicken, die ihm gegebenen Machtmittel gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Wenn es der Regierung ernst damit wäre, das reaktionäre Bürgerrecht zu entwaschen, so hätte sie das auf Grund der bisherigen Gesetze tun können und benötigte dazu kein Ausnahmegesetz. Aber darauf kommt es der jetzigen Regierung auch gar nicht an. Diese Regierung, die das fa-

pitalistische System gegen die soziale Revolution zu verteidigen hat, beabsichtigt in hinterhältiger Weise gegen das waffenlose Proletariat die Militärdiktatur zu errichten. Der Reichstag, und auch die Regierung, hat dann nichts mehr zu sagen. Die Redner betonten, es sei für die bürgerlichen Parteien des Reichstages bezeichnend, daß sie dieser Schandvorlage der Regierung ohne weiteres zustimmen wollten. Selbst die Rechtssozialisten hätten sich mit einigen kleinen Abänderungen mit der Vorlage einverstanden erklärt. Nur dem Protest der Unabhängigen sei es gelungen, daß die Vorlage nicht schon in einer Reichstags-sitzung zum Gesetz erhoben wurde.

Der Protest im Reichstag genüge aber nicht. Wir Sozialisten im Parlament wenden uns daher an das gesamte werktätige Volk, um es zu befragen, ob es sich dieses Zuchthausgesetzes aufzwingen lassen will. Aufgabe des revolutionären Proletariats sei es, mit allen Mitteln gegen dieses Schandgesetz anzukämpfen, wenn es nicht eine Wiederholung des von Rostke aufgerichteten Blutregiments erleben will. Der Regierung müsse gezeigt werden, daß ihre Spekulation auf die Dummheit der Massen eine falsche ist. Wenn wir auch wissen, daß der Tag nicht fern ist, wo durch die Verwirklichung des Sozialismus den bisherigen Machthabern die Möglichkeit genommen wird, die Arbeiterschaft niederzuhalten, so sei es bereits jetzt unsere Aufgabe, uns gegen die Willkür der Regierung zu wenden. Bei dieser Gelegenheit müsse die Arbeiterschaft erkennen, wie dringend notwendig ihre Einigkeit sei, denn nur der geeinten Arbeiterschaft wird es möglich sein, sich vom Joch des Kapitalismus zu befreien und den Sozialismus zu verwirklichen.

In der begeisterten Zustimmung der Massen kam zum Ausdruck, daß die Berliner Arbeiterschaft nicht gewillt ist, die Zuchthausvorlage stillschweigend hinzunehmen und sich zu wehren wissen wird, wenn das Gesetz zustande kommt. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialismus und auf die Weltrevolution wurde die imposante Kundgebung, die ohne jeden störenden Zwischenfall verlief, geschlossen.

Krieg und Frieden im Osten

Von Karl Kautsky

So verschieden auch die Ansichten der Sozialisten über die bolschewistischen Methoden sind, in dem einen Punkte stimmen sie alle überein, es mit Freuden zu begrüßen, daß es Rußland gelang, sich des polnischen Angriffs und der Feindseligkeiten der Entente zu erwehren.

Es war ja klar, daß die Mächte, die Krieg gegen Sowjetrußland führten, es nicht taten, um die Rechte der Demokratie gegenüber der Autokratie geltend zu machen. Die bürgerlichen Republikaner Frankreichs hatten nicht das mindeste Bedenken getragen, mit der zaristischen Autokratie nicht nur Frieden zu halten, sondern sehr enge Bündnisse zu schließen. Und wenn sie jetzt Krieg gegen die russische Republik führen, geschieht es nicht zum mindesten deshalb, weil sie ihr die 20 Milliarden erpressen wollen, die sie nach Rußland gesandt, um den Zaren instand zu setzen, sein Volk niederhalten zu können.

Sowjetrußland wurde von den bürgerlichen Regierungen bekämpft, weil sie es als eine proletarische Machtposition betrachteten und weil seine heftige Behauptung des Selbstgefühls des Proletariats aller Länder stark zu erhöhen versprach, während sie von einer gewaltigen Niederwerfung der Sowjetrepublik ein Erstarren der internationalen Reaktion gegen das Proletariat erwarteten durften.

Aus den gleichen Gründen haben sich die Sozialisten aller Länder und aller Richtungen, auch solche, denen die bolschewistischen Methoden als höchst unheilvoll erscheinen, im Ostkrieg einmütig auf die Seite des bedrohten Sowjetrußland gestellt.

Sein Sieg bedeutet zweifellos eine gewaltige Steigerung des Kraftbewußtseins der Lohnarbeiterschaft in der ganzen Welt und damit eine erhebliche Förderung ihres Klassenkampfes.

Nicht minder freudig ist die kraftvolle Selbstbehauptung Rußlands deshalb zu begrüßen, weil sie bezeugt, daß eine Grenze hat die Tyrannemacht" der Ententesieger. Jede kontrolllose Diktatur führt zu Maßlosigkeiten und schließlich zu den unerträglichsten und verderblichsten Verhältnissen, auch wenn ihr Ausgangspunkt völlig einwandfrei, ja höchst vollkommen ist. Darum erschien uns als die einzige wünschenswerte Form der Beendigung des Weltkrieges ein Friede der Verständigung zu sein. Seine Beendigung durch einen den Gegner zerschmetternden Sieg säßen uns grauenvoll, wer immer der Sieger sein möchte.

Wenn heute die Großmächte der Entente finden, daß ihre Diktatur auf erfolgreichem Widerstand stößt und daß sie nicht aller Welt ihre Launen nach Belieben diktieren können, so wird das sehr stark dahinwirken, sie zur Selbstbesinnung zu bringen und die Opposition in ihren eigenen Reihen gegen ihre ebenso sinn- wie maßlose Politik zu verstärken.

Wenigstens dann wird dies der Fall sein, wenn nicht die Russen ihrerseits ebenfalls dem Siegestaumel verfallen und einen unbilligen Frieden zu erzwingen suchen.

Gelänge es, im Osten zu einem vernünftigen Frieden zu kommen auf der Basis, die von den Bolschewikern in Zimmerwald selbst proklamiert worden war, der der Selbstbestimmung der Völker, dann könnte endlich eine Aera des Weltfriedens und des Aufstiegs aus dem Kriegselend beginnen.

Allzu rasch darf man sich freilich diesen Aufstieg nicht vorstellen. Auf die Massen von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Rußland, die uns so oft verheißend in Aussicht gestellt wurden, ist noch lange nicht zu rechnen. Da ist die russische Wirtschaft und namentlich das russische Verkehrswesen zu sehr ruiniert und desorganisiert. Krassin dürfte mit seiner jüngst veröffentlichten Erwartung recht behalten, monach es noch drei Jahre dauern wird, daß die russischen Städte hungern und frieren, und zehn Jahre, bis Rußland seine alte Produktivkraft wieder erlangt hat.

Wohl aber dürfte der Friedenszustand dazu führen, daß große und wertvolle Teile des außer-russischen Proletariats aufhören, ihre Kräfte in Versuchen zur Nachahmung des russischen Vorbilds zu erschöpfen, die erfolglos bleiben müssen und die Arbeiterschaft nur lähmen und schwächen.

Heute ist es fast unmöglich, die volle Wahrheit über Rußland zu erfahren. Abgeschnitten von uns durch den Kriegszustand, hat es keine andere Presse als die der Regierung. In den öffentlichen Versammlungen dürfen nur Redner auftreten, die von der Behörde dazu die Genehmigung erlangt haben. Wer sich oppositioneller Regungen verdächtig macht, ebenso wie jeder Fremde, wird polizeilich bewacht und in seinen Bewegungen dirigiert - wie ist es da dem Ausland möglich, die reine Wahrheit über Rußland zu erfahren! Der aufmerksamste Beobachter vermag sie zwar schon aus den Veröffentlichungen der russischen Regierungspartei zu entnehmen, aber die große Oeffentlichkeit verlangt direktere Aufschlüsse.

Ist der Friede da, dann gestaltet sich der Verkehr Rußlands mit dem Ausland freier. Er muß rasch zunehmen und in dem gleichen Maße sich mehr jeder Kontrolle entziehen. Zahlreiche Westeuropäer werden nach Rußland auswandern, wo man qualifizierte Arbeitskräfte braucht, und wo sie eine Verbesserung ihrer Lage erwarten. Ihre Erfahrungen allein werden genügen, die Wahrheit über Rußland zu zeigen.

Die polnisch-russischen Verhandlungen

Die Londoner Friedenskonferenz

London, 4. August.

Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung auf drastischem Wege mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlangt, der Plan der Londoner Konferenz ausgegeben werden müßte.

Der französische Standpunkt

St. Paris, 4. August.

"Journal" schreibt, es sei das beste, die Unterhandlungen mit Rußland zu den Bedingungen, die russischerseits hinsichtlich Polens gestellt würden, wieder aufzunehmen, und wenn es nur wäre, um Zeit zu gewinnen und die Sowjetregierung zu zwingen, die Maske abzulegen. Diese Taktik bereite sicherlich gewisse Schwierigkeiten, da sie grundsätzlich Sonderverhandlungen zwischen Rußland und Polen anerkennt. Die Allierten hätten aber keine Wahl. Man könne nur zwischen diesen Unsicherheiten und einem öffentlichen Bruch wählen. Dieser Bruch würde den Krieg bis zum äußersten gegen Rußland bedeuten. Es würde dann notwendig sein, daß Deutschland vorher entworfen würde. Mit der deutschen Drohung im Rücken könne man den Krieg gegen Rußland nicht beginnen.

Das Blatt berichtet dann, daß über diesen letzterwähnten Punkt seit gestern ein Gedankenaustausch zwischen London und Paris im Gange sei.

Radek über die Lage

St. Paris, 4. August.

Radek, der die Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen führt, schreibt in der "Iswestija", daß Rußland und die Westmächte sich gegenwärtig in einer gefährlichen Lage befinden. England sei im Begriff, ein Abkommen mit Rußland zu schließen, das zweifellos einen Bruch zwischen England und Frankreich herbeiführen würde, da Frankreich bestimmt Polen kräftig unterstützen werde.

Krassin über die Friedensverhandlungen

St. Petersburg, 4. August.

Vor seiner Abreise nach England machte Volkskommissar Krassin einem Vertreter des "Göteborg Dagbladet" eine Reihe bemerkenswerter Äußerungen. Er beurteilte die bevorstehenden

Londoner Verhandlungen zuversichtlich. Mit Deutschland erhofft er die Anbahnung eines baldigen lebhaften Warenaustausches. Eine unabwiesbare Bedingung des russisch-polnischen Friedensschlusses werde der freie deutsch-russische Handel über Polen bilden. Gegen die Erneuerung und Verstärkung des polnischen Heeres werde Rußland in den Waffenstillstandsverhandlungen volle Sicherheit verlangen. In dem Noter Heere befinden sich einige französische und ungarische Offiziere; die Anwesenheit deutscher müsse er leider ablehnen. Das wichtigste Ereignis der bolschewistischen Kriegszeit sei fraglos die Eroberung der Bakuer Oelquellen; der größte Teil Südrußlands trage davon die Früchte. Die neue russische Ernte sei infolge der Trockenheit unter mittel, jedoch ständen infolge der bisher schwierigen, jetzt aber etwas gebesserten Verkehrslage bedeutende Reserven aus früheren Jahren zur Verfügung. Von dem Stockholmer russischen Vorratdepot erwähnte Krassin, daß bereits bedeutende Auszahlungen erfolgt seien.

Die polnischen Rechtssozialisten für die Koalitionsregierung

Rotterdam, 4. August.

Nach einer Warschauer Meldung hat das Zentralkomitee der polnischen Sozialisten dem Beschluß der Parteileitung, sich an einer Koalitionsregierung für nationale Verteidigung zu beteiligen, zugestimmt. Das Komitee fordert in einer öffentlichen Erklärung zum Widerstand gegen den bolschewistischen Einfall in Polen auf.

Kritische Lage Warschaus

St. Petersburg, 4. August.

Gegenüber diesen optimistischen Veröffentlichungen des polnischen Generalkonstabes erklärt der Warschauer Berichterstatter des "Kew York Herald", daß die Lage in Warschau außerordentlich kritisch ist. Wenn nicht ein neues Wunder geschehe, sei es ausgeschlossen, Warschau zu halten. Der Alarmruf der alliierten Missionen, die ihre Staatsangehörigen aufgefördert haben, die Stadt zu verlassen, wird als Zeichen für die verzweifelte Lage angesehen. Ein vorläufiges polnisches Revolutionskomitee erklärt von Warschau aus eine Kundgebung an die polnischen Stadt- und Landarbeiter und fordert die Russen auf, Rußland und Polen Ruhe und Freiheit zu verschaffen.

St. Petersburg, 4. August.

Nach übereinstimmenden Aussagen polnischer Flüchtlinge, die in Massen in Danzig eintröfen, sollen in Warschau Unruhen ausgebrochen sein. Eine Bestätigung der Meldung liegt nicht vor.

Unterseite werden mit steigendem internationalem Verkehr die Arbeiter Russlands wieder die Wahrheit über die Lage ihrer Genossen im Ausland erfahren. Der steigende Verkehr und die Entwicklung der Industrie werden Arbeiter und Bauern im russischen Reich wieder zu größerem politischen Interesse und zu größerer politischer Kraftentwicklung bringen, ihre Opposition gegen die heutigen Beschränkungen ihrer politischen Betätigung wird wachsen und sie wird umso sicherer eine dieser Schranken nach der andern unwirksam machen und das Reich wieder mit demokratischem Geist erfüllen, als gleichzeitig der Kriegszustand aufhört, der stets der Diktatur von Militär und Bürokratie am günstigsten gewesen ist.

So wird in Russland wie im übrigen Europa das Wachstum des Proletariats zu größerer Kraft und Selbstständigkeit und gleichzeitig der Aufstieg von Industrie und Landwirtschaft zu höherer Produktivität und der Erhebung der Gesamtmasse der Bevölkerung zu vermehrtem Wohlstand von nun an einen starken Anstoß erhalten — wenn der Friede und zwar ein billiger Friede im Osten jetzt zustande kommt.

Dieses Wenn, das ist die große Schicksalsfrage, vor der die Welt steht.

Kommt ein billiger Friede nicht zustande, dann droht der Krieg im Osten wieder zu einem europäischen Krieg zu werden, der alles zerstört, was der erste Weltkrieg noch übrig gelassen hat. Dann verstrickt Europa in einem Meer von Blut und Elend und verfällt tiefer Barbarei.

Ob der billige Friede im Osten zustande kommt, hängt natürlich viel ab von der Haltung der leitenden Staatsmänner Russlands, ob sie den Grundfäden treu bleiben, die sie in Zimmerwald verkündet.

Doch nicht bei Russland allein steht die Entscheidung. Nicht minder bei Polen und den es stützenden und beratenden Mächten der Entente. Versuchen diese die Zeichen der Zeit nicht, glauben die Herren Millerand und Foch und ihre Vasallen um ihrer Herrschafts- und Ausbeutungsgelüste willen, Russland einen billigen Frieden verweigern und seine Bekriegung weiter treiben zu können, dann fällt das unheilvolle Unheil, das die Fortsetzung des Krieges auch über ihre eigenen Länder bringen wird, auf ihr Haupt.

Wie war es dringender notwendig als gerade jetzt, daß die Arbeiter Europas, namentlich aber der Siegerländer, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen übermachten und ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenarbeiteten?

Als Marx diese Worte in seiner Inauguraladresse (1844) um Programm der Internationale machte, war das Proletariat selbst in England noch viel zu schwach, um das Programm in die Tat umzusetzen.

Heute ist es stark genug dazu fast in allen entscheidenden Staaten. Und heute kann es nicht, wie 1914, durch seine Regierungen überzumpelt werden. Heute steht es die Gefahr kommen, es bereitet sich vor, sie abzuwenden.

Und wenn so im Westen wie im Osten die Vernunft zum Durchbruch kommt, dann dürfen wir doch erwarten, daß endlich die Zeit des Friedens und des Wiederaufbaus beginnt, sozialistischen Wiederaufbaus, der nur im Frieden gedeihlich vollzogen werden kann.

Monarchistische Reservearmee Was Gehler und Seerdt in Spaa verheimlichten

Herr Gehler ist nach Spaa mit einem dicken Aktenbündel gefahren, der alle Epichelmärchen enthielt, die im letzten Jahre über die Arbeiterkassast zusammengekommen wurden. Auf diese Weise kam das Entwaffnungsgesetz zustande. Die Tatsache, daß in Deutschland einzig und allein die Reaktion bewacht ist, und zwar mit Zuhilfenahme der Regierung, verschwiegen Herr Gehler. Er hätte somit in sein Aktenbündel die geheimen Organisations- und Bewaffnungspläne der Gegenrevolution aufnehmen müssen, jene Pläne, die nicht wie die angeblichen Dokumente über die „rote Armee“ das Werk der Binkler- und Gauer sind, sondern die auf ehernen Tatsachen beruhen. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einen derartigen Geheimplan vor die Öffentlichkeit zu ziehen. Der Plan legt für das ganze Reich die Richtlinien für die Reorganisation der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligen fest. Hauptorganisator ist Hauptmann Echerich, der bayerische Weingardist. In einer Sitzung der Organisation Echerich (Telegraphenadresse Orgesch München), die am 12. Juni 1920 (nach den Wahlen) in Berlin stattfand, wurden folgende Richtlinien festgelegt:

I. Durch Besprechung mit Vertretern einer Regierungsklasse ist folgendes erreicht und zugestanden:

1. Orgesch ist eine legale Organisation.
2. Die Geldfrage ist vom Staat zu lösen.

Der bekannte Zuhilfenahmeparagraph ist durch diese Anerkennung seitens der Regierung auf Angehörige der Orgesch nicht anwendbar.

II. Der Aufruf der Orgesch erfolgt durch Echerich im Benehmen mit der Regierung.

Bei Aufruf der Orgesch erklärt die Regierung gleichzeitig den Ausnahmezustand.

Die Orgesch untersteht sich den militärischen Oberbefehlshabern, solange diese auf dem Boden der Satzungen von Orgesch stehen.

Im Falle lokaler Unruhen wird Orgesch aufgedient a) durch die Provinzialleiter oder b) durch die Gesamtleitung Echerich. (Der Bericht unterscheidet drei Phasen von Unruhen, und zwar: Lokale Unruhen, große lokale Unruhen, großer Brand.)

III. Die Mittel, welche für Orgesch erforderlich sind, werden nach Aufruf von Orgesch vom Staat, und zwar von den Landesfinanzämtern angewiesen. Bis dahin, für die Gesamtvoorbereitungen und während ruhiger Zeiten, werden die Mittel für Orgesch aus Privatansammlungen aufgebracht.

IV. Aufgaben der Orgesch.

1. Freimachen der Reichswehrtruppen bzw. von Sipo durch Zuführung ziviler Kräfte (lokale Organisationen).
2. Aufstellung beweglicher Formationen.

(Anmerkung: Es handelt sich hier um die Reorganisation der bisher bestehenden Zeitfreiwilligenformationen, deren offizielle Auflösung zwar verfügt ist, die sich aber im Besitze von Waffen und Ausrüstungen nach wie vor befinden. Sie sind in Sportclubs usw. zusammengefaßt, und ihre militärische Übung ermöglicht ihre jederzeitige Verwendung als schlagkräftige Truppe.)

V. Gliederung der Orgesch.

1. Die Gesamtleitung liegt beim Stabe Echerich (Berlin-München), welcher die gesamten Vorarbeiten, Verhandlungen und den Aufbau der Orgesch zu leiten hat.
2. Provinzialleitungen. Die Provinzialleitungen werden geführt von je einem Zivil- und einem militärischen Leiter. Die Zivilleiter sind von Echerich durch Handlungsbefehl berechtigt.

Die militärische Leitung gliedert sich in vier Bezirksstellen, welche angelehnt sind an die Reichswehrgruppenkommandos, und zwar:

1. Bezirksstelle Nord-West (Hannover): Admiral Heinrich Graf v. Lambsdorff.

2. Bezirksstelle Nord-Ost (Berlin-Hamburg): v. d. Olen — Graf Goltz (!) — je ein Vertreter von Handel und Industrie.

3. Bezirksstelle Hessen (Marburg): Freigantkapitän v. Selchow.

4. Bezirksstelle Süd (München): Hauptmann Echerich.

Der Schwerpunkt liegt in der Landesorganisation, der entsprechend zu erfolgen hat.

Herr Echerich hat, bevor die Richtlinien beschlossen wurden, mit dem Reichswehrministerium Rücksprache genommen. Es fanden tagelange Beratungen statt, die mit einem für Echerich sehr günstigen Ergebnis endeten. Vor allem ist die Waffenfrage sehr eingehend besprochen worden. Seerdt und Gehler können diese Vorgänge nicht entgangen sein. Trotzdem ließen sie sich für Spaa einige hundert Epichelmärchen dichten und heuchelten damit der Entente vor, die Waffen, die bisher entgegen dem Friedensvertrag noch nicht abgeliefert oder vernichtet worden sind, befänden sich in den Händen des Proletariats.

Eisenbahner als Hüter der Neutralität

Auf dem Anhalter Bahnhof wurden in den letzten Tagen 17 Riksen Klieber angehalten. Bei der vorgenommenen Kontrolle des Gutes entdeckten die Eisenbahner statt alten Leders fünfzig neue Gewehrsätze. Der Empfänger dieser schönen Sachen ist die „Gemeinnützige Bewertungs-Gesellschaft“ Kauf in Bayern. Auf demselben Bahnhof wurde vor einigen Tagen ein Pack Gerdinensangen aufgegeben. Bei näherer Durchsicht wurden zwar nicht Gerdinensangen, dafür aber Gewehre mit aufgespanntem Bajonet vorgefunden. Die Sachen sind abgeliefert worden von einem Mann namens Hölzl, Schneidemühl, Goldener Löwe. Empfänger ist: W. Kluge, Rittergut Jastheim, Station Rahnsdorf. Ueber Rahnsdorf ist in letzter Zeit ein förmlicher Waffen- und Munitionslager niedergegangen, jetzt kommen noch diese „Gerdinensangen“ hinzu, die aber vorläufig die Eisenbahner zurückgehalten haben.

Auf dem Ostbahnhof Berlin kamen mehrere Güterwagen an, enthaltend 2000 große Wienerpaten, zu denen noch auf diesem Bahnhof 200 zugelaufen werden sollten. In vier Riksen waren außerdem Maschinengewehrteile verpackt. Alles hatte als Ziel Station Schneidemühl. Als Abfender zeichnete die Expedition Moskewitz, Potsdamer Straße. Als die Eisenbahner den Vorsteher der Firma darauf aufmerksam machte, daß Schneidemühl dicht bei Polen liege, antwortete dieser led: Von Schneidemühl gehen die Sachen nach Polen.

Es wird der Arbeiterkassast klar sein, daß es den Eisenbahnern allein nicht möglich ist, eine eingehende und gründliche Kontrolle aller Güter und Wagen vorzunehmen; sie bedürfen dabei noch unbedingt der Unterstützung der Betriebsräte und der Arbeiter der einzelnen privatindustriellen Unternehmen. Es ist bedauerlich, und zeugt vom Nichtvorhandensein jedweden Klassenbewußtseins, daß sich die Arbeiter solcher Expeditionsfirmen und die Arbeiter von Privatfirmen dazu hergeben, die für den Brudermord am russischen Proletariat bestimmten Sachen herzustellen und zu verpacken. Die Betriebsräte aller Industriezweige müssen unbedingt dazu Stellung nehmen, ihre Gewerkschaften verpflichten, daselbst zu tun und mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht wird.

Angstschweiß

Die durch die organisierten Eisenbahner ausgeübte Kontrolle der Deutschland durchfahrenden Truppenzüge und das wiederholte Eingreifen der Eisenbahner veranlaßt die „Deutsche Tageszeitung“ zu der Frage: „wer regiert eigentlich?“ Es ging nicht an, daß allerhand unberufene Organe in den Regierungsgeschäften herumspulden. Neutralität sei sehr schön und wünschenswert, aber die Regierung habe die Pflicht, durch ihre eigenen Organe für die Durchführung ihrer Absichten zu sorgen. Das Eingreifen der Eisenbahner bedeute eine Unterhöhlung jeder Staatsautorität. Zugleich liege in dem Verhalten der Eisenbahner eine Gelechtsüberzeugung, die früher bestrast zu werden pflegte, während die von der „Deutschen Tageszeitung“ beanstandeten Vorgänge einen Präzedenzfall für ungekürzte Eigenmächtigkeiten darstellten.

Wir nehmen nicht an, daß der „Deutschen Tageszeitung“ die Neutralität selbst unbedeutend ist und daß sie darum auf Möglichkeiten sinnt, sie eines schönen Tages abzuschaffen, wobei ihr die auf der Wacht stehenden Eisenbahner allerdings sehr störend würden. Die Keuzerung des reaktionären Blattes ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Reaktionen hinter dem Ausstreifen der Eisenbahner tiefer wirken und die Kräfte fühlen. Ihr Gejammer über die durchgeführte Staatsautorität ist berechtigt. Sie fühlen, daß die organisierte Arbeiterkassast sich anmaßt, selbst zu einem Faktor der Staatsautorität zu werden. Die Kontrolle der Truppenzüge durch die Eisenbahner hat neben anderen, ähnlichen Erscheinungen Anzeichen dafür, daß sich die Arbeiterorganisationen ihrer bedeutsamen Rolle im Leben eines freien Staatswesens bewußt werden und Energie genug besitzen, um ihren Einfluß im Sinne einer Politik ihrer eigenen Klasse nutzbar zu machen. Das ist es, was den Reaktionen den Angstschweiß auf die Stirn treibt.

Die reaktionäre Wut und den Ruf nach der Staatsautorität werden die Eisenbahner als ein Zeichen für die hohe Bedeutung ihres Handelns zu werten wissen.

Die Ereignisse in Jittau Die Forderungen der Arbeiter

Jittau, 4. August.

Bei der gestern früh in allen Betrieben des Jittauer Bezirks erfolgten Urabstimmung wurden bis mittags 1 Uhr 3834 Stimmen für und 7697 gegen den Streik abgegeben. Nach dem Gesamtergebnis müßte die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werden. Da jedoch die Jittauer Arbeiterkassast überwiegend für den Streik stimmte, ist dies fraglich. Die organisierte Arbeiterkassast will erst die Nachmittagsverhandlungen abwarten, in denen folgende vier Forderungen aufgestellt werden sollen:

1. Alle Verhafteten freizulassen.
2. Die Reichswehr heute abend von Jittau abzuführen.
3. Die Sicherheitswehr in die Kasernen zurückzuverweisen.
4. Die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Sollte keine Einigung erzielt werden, so soll der Generalkstreik fortgesetzt werden.

Schädlinge am Volkskörper Die Bauern des besetzten Gebietes liefern kein Getreide

Mit der Bewirtschaftung des Brotgetreides hat sich der Gesamtverband der freien Bauernschaft der Pfalz, des Saarlandes und Rheinheßens befaßt. Als Ergebnis wurde eine Rundgebung an die Landwirtschaft zur Zurückhaltung des Brotgetreides erlassen, dahingehend, daß webergedroschen noch abgeliefert werden soll, bis durch die Regierung der Getreidepreiszuschlag für das besetzte Gebiet festgelegt ist.

Alles um Geld!

Erhöhung der Brotzotation?

Die so notwendig Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung läßt selbstverständlich den Wunsch nach einer Erhöhung der Brotzotation und einer Verbesserung des Brotes aufstehen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat auch bereits bei der Begründung ihrer Interpellation zur Ernährungsfrage im Reichstage deutlich erkennen lassen, daß sie beide Forderungen für dringend notwendig erachtet. Die Mitteilung aber, die ein Teil der bürgerlichen Presse bringt, daß eine Erhöhung der Brotzotation bereits beschlossen sei, eilt den Tatsachen voraus. Wir verlangen aber, daß die Erhöhung der Nation und die Verbesserung des Brotes schleunigt angeordnet wird und zwar in einem aus-

reichendem Maße. Eine Erhöhung von 1900 auf 2000 Gramm würde den Wünschen der Bevölkerung in keiner Weise entsprechen.

Reaktionäre Waffenverschiebungen

In der Passauer Straße 2 ist gestern nachmittags ein großes Waffendepot entdeckt worden. Es ist festgestellt, daß es sich dabei um den Versuch der Verschiebung von Waffen der Sicherheitspolizei handelt. Das Waffenlager, das aus leichten Maschinengewehren besteht, ist vorläufig von der Sicherheitspolizei beschlagnahmt worden. Wir erwarten, daß die sofortige Untersuchung dieser Waffenverschiebung eingeleitet wird. Sie stellt eine neue Illustration zu dem Kapitel der Entwaffnung dar. In dem Augenblick, in dem die Regierung ein Entwaffnungsgesetz gegen die Arbeiter vorlegt, verschieben ihre Organe die ihrer Obhut anvertrauten Waffen in die Hände der Gegenrevolution. Ein trefflicher Vorgeschmack für die Wirkung des Entwaffnungsgesetzes.

Gegen den ungarischen Terror Bergarbeitertag in Genf

Genf, 4. August.

Der Internationale Bergarbeiterkongress hat heute Vormittag die Aussprache über die Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern fortgesetzt. Dabei klagte der südslawische Delegierte Chobel darüber, daß die Belgrader Regierung anscheinend beabsichtigt, die Arbeitszeit zu verlängern und gleichzeitig die Löhne zu senken. Man habe die Bergarbeiter sogar schon aufgefordert, von sich aus die Löhne herabzusetzen. Demgegenüber wies der belgische Delegierte Delcotte auf die Lage der belgischen Bergarbeiter hin, die sich bedeutend verbessert habe. Papen (Ungarn) sprach über die Kohlenverlängerung seines Landes und betonte, daß die Bergwerke mit ihren 25 000 Arbeitern dem Kohlenbedarf ihres eigenen Landes bei weitem nicht decken könnten. Ferner forderte Papen zu tatkräftigem Auftreten gegen den weißen Terror in Ungarn auf. Die Arbeiter, die wohl in großer Mehrheit gegen die Rätepolitik gewechselt seien, befänden sich jetzt zu Hunderttausenden in Internierungslagern und Gefängnissen. Von demokratischem System, von Presse- und Redefreiheit könne in Ungarn keine Rede sein. Die Regierung wolle die Arbeitszeit auf 12 Stunden verlängern und die Löhne abbauen. Er rufe die Internationale zum Kampf gegen den weißen Terror auf.

Der französische Delegierte Bartul kam nochmals auf die Forderung der deutschen Delegation, die Arbeitszeit auf sechs Stunden festzusetzen, zurück und betonte, daß die Forderung für die französische Bergarbeiterkassast unannehmbar sei. Der Vorschlag, diese Frage als Sonderfrage zu behandeln, wurde vom Generalsekretär Hodge unterstützt.

Zur Steuer der Wahrheit

„Der Kampf“, das Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, glaubt in einem Aufruf „An die Arbeiterkassast“ die Berliner Arbeiter zum Boykott der von der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterkassast herausgegebenen Sammelheften auffordern zu müssen. Begründet wird dieser Aufruf damit, daß die in den Betrieben und Versammlungen gesammelten Gelder zum Teil im Parteinteresse der U. S. P. D. verwandt worden seien. Ferner wird in demselben Aufruf behauptet, daß vorläufige Gelder der Unterstützungskommission zur Finanzierung der Wahlpropaganda der U. S. P. D. und zur Unterhaltung der Rätezentrale in der Münchener Straße verwandt wurden.

Es dürfte dem sozialistischen „Kampf“ schwer fallen, für diese eigenartigen Behauptungen Beweise zu erbringen. Wir stellen demgegenüber ausdrücklich fest, daß niemals von der U. S. P. D. auch nur ein einziger Pfennig zur Wahlpropaganda der U. S. P. D. oder anderen Zwecken von der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterkassast entliehen worden ist.

Unter der scheinheiligen Maske, nur im Interesse der bedauernden Opfer der Reaktion zu handeln, versucht der Aufruf, Stimmung zu machen gegen die U. S. P. D., die im Gegensatz zur U. S. P. D., fast ausschließlich die zur Unterstützung bestimmten Gelder ausgebracht hat. Durch diese Hinterhältigkeit werden natürlich nicht wir, sondern lediglich die Opfer des revolutionären Klassenkampfes betroffen.

Wir weisen die uns gemachten Vorwürfe daher als vollkommen unmotiviert zurück. Wir fordern die Funktionäre der Partei auf, diesen zu sehr durchsichtigen Zwecken in Umlauf gebrachten Gerüchten auf das Entschiedenste entgegenzutreten und mehr noch als bisher für die Zeichnung der Sammelheften der Unterstützungskommission sich einzusetzen.

Richard Herbst.

Kassierer der U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Adolf Bar.

Kassierer der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterkassast.

Berichtigung

Die „Freiheit“ vom 1. August brachte eine Notiz unter der Überschrift „Truppentransporte“. Untertitel: „Herr Groener macht Ausfälle“, in der einige unrichtige Behauptungen enthalten sind. Zunächst wird darin gesagt, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Zusammenritt des am 6. Juli gewählten Hauptbetriebsrates verhindert hat. Hierzu stellen wir fest, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat das allergrößte Interesse an dem Zusammenritt der Betriebsräte. Die Einberufung erfolgt aber durch den Wahlvorstand aus Grund der Wahlordnung, nicht aber durch den Deutschen Eisenbahner-Verband. In der Notiz wird dann weiter gesagt, die zur Behinderung der Truppentransporte nach Polen gewählte Kommission habe im Reichstag mit den Mitgliedern des Hauptvorstandes des D. E. V. verhandelt. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Abgeordnete Breunig kein Vorstandsmitglied ist, es sich auch nicht um eine Verhandlung gehandelt hat. Die Kommission war zu einer Besprechung mit dem Hauptvorstand in dem Reichstag. Der Abgeordnete Brunner sagte aber, daß der Vorstand aus 15 Personen besteht und einzelne Vorstandsmitglieder doch nicht für den Vorstand Erklärungen abgeben. Deshalb solle die Kommission das Hauptbureau aufsuchen, damit dort das Weitere veranlaßt wird. Im übrigen sind sowohl von dem Vorstand des D. E. V. wie auch von den Unterzeichneten die erforderlichen Schritte zur Behinderung der Truppen- und Munitionstransporte unternommen worden. Die Reichsregierung hat darauf sofortige Abhilfe zugesagt. Ebenso hat auf eine Anfrage des Abgeordneten Breunig der Reichsminister Simons in der Reichstagsagung vom 2. August entsprechende Maßnahmen versprochen.

L. Breunig, L. Brunner, Th. Kohut.

Aus der Partei Der Fall Wauer

Zu dem von uns mitgeteilten Schiedsgerichtsurteil gegen den Genossen William Wauer in Wilmersdorf, der in den Kapptagen mit Oberst Bauer und Kapp verhandelt hat, teilt uns der Vorstand der U. S. P. mit, daß eine Funktionsprüfung von Wilmersdorf-Schmargendorf-Grünwald einstimmig beschlossen hat. Berührung gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts einzulegen. Die vereinigten Funktionäre konnten sich nicht damit einverstanden erklären, in dem Verhalten Bauers nur eine Disziplinwidrigkeit zu erblicken, die mit einer Klage geahndet wurde, sie sehen in seiner Handlungsweise eine eminente Schädigung der Sache des revolutionären Proletariats und haben deshalb die Entscheidung der zweiten Instanz angerufen.

Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit

Eine Interpellation der Rechtssozialisten und Anträge unserer Genossen zur Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung gab dem Hause Anlaß zu einer Debatte über dieses Problem, die heute fortgesetzt werden wird, und dem Genossen Dikmann Gelegenheit zu einer Abrechnung, die auf den Grund der Dinge führte. Hilflos steht die kapitalistische Welt der Erscheinung der Arbeitslosigkeit gegenüber. Alle Hilfe, die sie zu bringen vermag, bewegt sich auf dem Niveau der öffentlichen Wohlfahrtspflege, des Almosenwesens. Auch die großen Zahlen, die der Arbeitsminister Brauns dem Parlament in verwirrender Fülle darbot, ändern an diesem Wesen der Erwerbslosenunterstützung nichts, die als milde Gabe widerwillig gegeben wird. Die bürgerliche Sozialpolitik des Klassenstaates denkt auch garnicht daran, an diesem Wesen etwas zu ändern. Mit der Unterstützung wird der Neben Zweck verfolgt, in den erwerbslosen Arbeitern das Gefühl der Abhängigkeit vom Staate zu wecken. Sind doch sogar Anregungen gegeben worden, diese Abhängigkeit zu benutzen, um die Erwerbslosen zur Streikarbeit zu zwingen. Solche Zwecke würden unerfüllt bleiben, wenn man sich entschloß, die Unterstützung nicht nach Maßgabe der Bedürftigkeit, sondern auf Grund eines Rechts der Arbeiter zu gewähren, und die Mittel dafür aus den Sädeln der Kapitalisten der kapitalistischen Freiheit, der Unternehmung, zu ziehen. Gleiche Neben Zwecke verfolgt das Unternehmertum mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge, von der neuerdings ein großes Aufhebens gemacht wird. Auch in den schon erwähnten Zahlen des Ministers. Die Kapitalisten machen von den als produktive Erwerbslosenfürsorge gegebenen Produktionszuschüssen sehr gern Gebrauch, wenn dabei Liebesgaben für sie abfallen. Sie winken sofort ab, wenn damit eine Kürzung ihrer Freiheit verbunden ist, mit der sie im trüben Wasser des kapitalistischen Chaos zu fischen gewohnt sind. Die urfälligen Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und Arbeitslosigkeit zeigte Genosse Dikmann in seiner Rede. Er zeigte dem Hause, daß der Kapitalismus die Arbeitslosigkeit wohl hervorruft, aber weder beseitigen oder auch nur in befriedigendem Maße einschränken könne oder wolle. Der Sozialismus werde auch die Befreiung von der Arbeitslosigkeit bringen.

Beim Thema Ernährungsweisen schilderte unser Genosse Dr. Moses in sachkundigen Darlegungen die trostlose Ernährungslage der arbeitenden Bevölkerung. Der Dank des Vaterlandes: Arbeitslos-Leid und Hunger.

Deutscher Reichstag

18. Sitzung, Mittwoch, den 4. August.

Haushalt des Arbeitsministeriums

Reichsarbeitsminister Brauns: Vorgestern hat der Abgeordnete Morath darauf hingewiesen, daß mein Amtsvorgänger im Ministerium einen Kurzus im Kopfrechnen eingerichtet hat. Zahlreiche Militäranwärter und Kriegesbeschädigte hatten schon vor der Revolution in den Versorgungsämtern gearbeitet. In einzelnen Fällen schien es wünschenswert, solche Kurse für die Leute einzurichten, die bereits in der Praxis die notwendigen Vorkenntnisse erworben hatten. Es entspricht doch dem Wunsche aller Parteien, wenn Kriegesbeschädigte gerade bei den Behörden Unterstützung finden, die ihre Angelegenheiten bearbeiten.

Beim Reichswehrministerium weist Frau Abg. Zieh (U. Soz.) auf die Notlage der heute noch in den Lazaretten befindlichen Kriegesbeschädigten hin. Die Lazarettinsassen müssen wenigstens eine einmalige Aufwandsentschädigung bekommen, damit sie sich neue Schuhe und ein ganzes Hemd kaufen können. Viele Heeresangehörige haben immer noch nicht ihre Entlassungsurkunde und ihre Entlassungsgeld erhalten. Die Rednerin bespricht den Fall eines als Munitionsarbeiter kürzlich Verwundeten, der nirgends Hilfe und Unterstützung findet.

Abg. Fries (U. Soz.): Der Kadavergehoram, der dazu führte, daß die Untergebenen ihren Vorgesetzten fürchteten, wird von uns als Schandstück verurteilt. Eine Erziehungsmethode, bei der 19jährige Leutnants die Briefe alter Wehrmänner kontrollierten, lehnen wir ab. Die Seelensorge beim Militär hat während des Krieges Hunderttausende vom Christentum abgewandt. Die Kriegsmoral hat dahin geführt, daß wir bestraft wurden, wenn wir einem Kriegesangehörigen ein Stück Brot gegeben hatten.

Abg. v. Gallwitz (D. Nat.): Die Tätigkeit und der Einfluß der Militärgeistlichen war ein hervorragender. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Meißner (U. Soz.): Der Militarismus dient auch heute in der Form der Reichswehr einzig den Interessen der Reaktion. Die Verhinderung der Arbeiterorganisationen hat Formen angenommen, die skandalös sind, jedes einzelne Vorstandsmitglied der Gewerkschaften, der U. S. V. und der R. P. D. wird genauestens überwacht. (Zuruf rechts: Republikanischer Führerbund.) Es ist bekannt, daß auch heute noch in der Reichswehr darauf hingearbeitet wird, daß kein Soldat dieser Organisation angehören darf. (Zuruf rechts: Sehr verständlich!) Daß aber umgekehrt Offiziere und Mannschaften bestimmt werden, um diese Organisation zu beschützen.

Abg. Mumm (D. Nat.): Die Reden hier lassen die Frage entstehen, ob wir eigentlich noch in einem deutschen Reichstag sind. Man denkt unwillkürlich an die Millionen des Herrn Joffe.

Abg. Sauerberg (U. Soz.): Militarismus und Christentum haben miteinander nichts zu tun. Infolgedessen hat die Seelensorge innerhalb des Militärs keinen Platz.

Abg. Andree (Zit.): Die christliche Arbeiterschaft erblüht in der Reichswehr kein Instrument gegen die Arbeiter, sondern ein Organ zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

Abg. Wolf Hoffmann (U. Soz.): Ihre (zum Zentrum) Partei ist die

Partei des Volksbetrugs.

Beim Militär soll man die Leute mit Geistlichen ungeschoren lassen. In der Zeit unseres finanziellen Elends dürfen nicht Millionen für die Kirche ausgeben werden. Wer Religion will, soll sich seine Religion selbst bezahlen. In dem Mißbrauch der Religion zur Förderung des Kapitalismus und Militarismus erblicken wir eine Tatsache, die wir mit allen Mitteln bekämpfen werden. Nicht daß bringen wir, sondern Erkenntnis. (Sehr richtig!) Bedenke, wenn Sie in Deutschland russische Zustände schaffen, dann wundern Sie sich nicht, wenn wir russische Methoden anwenden. Dasselbe sage ich Ihnen heute auch. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus nicht mehr auf dem deutschen Volke lasten und daß die Kirche nicht mehr als getreue Dienerin dieser Mächte das Volk verblende. (Beifall bei den U. Soz. — Unruhe.)

Genossin Zieh:

Den preußisch-deutschen Militarismus, der uns in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat, weil er die Welt bedrohte, den haben wir aus Herzensgrund. Er hat alles Elende im Soldaten zerbrosen. Wilhelm hat den Soldaten gesagt, sie müßten unter Umständen sogar Vater und Mutter töten, und die deutsche Republik hat das wahr gemacht. Rußland ist gewarnt, sich mit Hilfe von Militär gegen die Imperialisten zu verteidigen. Schuld daran ist der schändliche Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Sie mögen uns mit der gefäulsten Presse, mit Justizhans über Reichswehr bekämpfen, die Arbeiterschaft hebt geschloßen hinter dem internationalen Sozialismus. (Zuruf rechts. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Goerling (D. Pa.): Der Krieg ist immer noch ein notwendiges Übel. (Widerspruch links.) In der Notwehr darf und soll man kämpfen. (Zuruf links: Hat Christus die Notwehr gepredigt?) Wenn man wieder singen und lachen wird von Hindenburg und seinen Männern, wird das deutsche Volk wieder gelunden. (Zu andauernden Beifällen geht der Rest der Rede unter.)

Abg. v. Mumm (D. Nat.): Die Humanität ist erst durch das Christentum in die Welt gekommen. (Lachen links.)

Abg. Andree (Zit.): Ich bleibe dabei, die Sozialdemokratie ist eine Partei des Hasses.

Genosse Wolf Hoffmann:

spricht in Abwesenheit der Reden, die nur die Fraktionsdiener als Horchposten zurückläßt, auch die anderen bürgerlichen Parteien sind nur durch Posten vertreten: Das Christentum ist nur noch ein Mittel zur Unterdrückung der Mäßigen und Beladenen. War der Einbruch in Belgien etwa Notwehr? (Sehr gut! links.) Ganz Deutschland hat am 31. Juli 1914 gegen den Krieg protestiert, die Polizei ist aber in die Masse hineingeritten. In der Fraktion haben meine Freunde gegen den Kriegskredit gestimmt. Im Plenum haben sie allerdings die Disziplin gehalten, um die Partei nicht zu sprengen. Ich habe das bedauert. Das deutsche Proletariat wird nicht dulden, daß das bürgerliche Ausland niedergeschlagen wird. Herr Mumm, der so ein sehr tapferer Soldat ist, scheudert hier seine Verleumdungen in die Welt und dann verläßt er den Saal.

Vizepräsident Sell rief den Ausdruck „Verleumdung“.

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Es gibt nur ein Vaterland, und das ist die Welt. Eine Nation: und das ist die Menschheit, und eine Religion: das ist die Liebe: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Behrens (D. Nat.): Die Unabhängigen haben die Reichswehr bei der Arbeiterschaft als Epithelorganisations denunziert. Dagegen müssen wir protestieren.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Abg. Hoffmann (U. Soz.) fest, daß er sein Ministeramt nur für das Viertelsjahr bekommen habe, in dem der Austritt erfolgte.

Die Etats der Reichswehr, der Justiz, des Schatz- und Verkehrsministeriums werden angenommen.

Es folgt der Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Genosse Dr. Moses:

Breite Schichten des Proletariats befinden sich im Zustande des langsamsten Hungertodes. Während des Krieges und auch noch nachher wurde gefagt, daß wir keine Nachteile aus der Unterernährung hätten — jetzt geben die Zahlen ein erschütterndes Bild. Wir Verzeite, die unter der Proletarierbevölkerung tätig sind, wir wissen, wie fürchterlich die Not und die Sterblichkeit infolge der Unterernährung ist. Auf den

Wiederaufbau des Menschen

müssen wir besonderes Augenmerk richten und nicht Raubbau treiben mit der letzten Kraft der Arbeiterbevölkerung, insbesondere der Bergarbeiter. (Beifall bei den U. Soz.)

Zum Haushalt des Reichspostministeriums bringt Abg. Frau Zieh (U. Soz.) in Einzelfällen Beschwerden gegen die willkürliche Abkündigung Berliner Postbeamten vor, die den Eindruck erwecken, als ob man vom Lande politische indifferente Leute heranzöge, um politisch links orientierte Postbeamte aus Berlin fortzubringen.

Ein Regierungsvertreter betont, daß die Postverwaltung niemals Beamte aus politischen Gründen nach Berlin gezogen habe.

Der Not-Etat wird dann gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes.

Genossin Zieh:

Die gepflogene Aussprache im Unterausschuß hat gezeigt, daß die Regierung die Vorschläge an die Beamten erst nach erfolgter Einstufung vornehmen will. Der gesamte Ausschuß hat sich auf unseren Standpunkt gestellt, daß die Vorschläge doch gerade bis zum Zeitpunkt der Einstufung notwendig sind. Wir bitten, auch unseren weiteren Antrag anzunehmen auf Zurückziehung der Beamtenorganisationen.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Es folgen die sozialdemokratischen Interpellationen:

Was bedeutet die Reichsregierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun? Wie bedeutet sie insbesondere in der jetzigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen zu beschaffen?, die verbunden wird mit dem

unabhängigen Antrag über die Erwerbslosenfürsorge.

der verlangt, daß die Sätze der Erwerbslosenfürsorge auf das Existenzminimum zu erhöhen sind; daß der daraus sich ergebende Differenzbetrag vom 1. März rückwirkend nachzu bezahlen ist; daß die Unterstützungssätze für männliche und weibliche Erwerbslose gleich gemacht werden sollen, daß das Einkommen beschäftigter Familienmitglieder auf die Unterstützungssätze nicht angerechnet werden dürfen; daß Arbeitsbeschaffung durch Wiederaufnahme geeigneter stillgelegter Betriebe erfolgen muß, daß eine weitere Stilllegung und Entlassung von Arbeitern zu verhindern ist und daß die Kurzarbeiter aus der Erwerbslosenfürsorge eine ihrem Verdienstentgang entsprechende Unterstützung erhalten.

Abg. Rießen (Soz.) begründet die sozialdemokratische Interpellation: Heute ist oft für den Arbeiter auf Monate hinaus keine Möglichkeit vorhanden, Arbeit zu finden. Wir haben heute 367 000 Arbeitslose mit 329 000 Angehörigen. Davon 20 Proz. allein in Großberlin. Im Ruhrgebiet sind 40 000 neue Arbeitskräfte neu untergebracht worden; mehr kann man aber erst tun, wenn für Unterunterstützung gesorgt ist. Auch auf dem Lande können nur wenig Arbeitslose untergebracht werden, weil man dort eine Abneigung gegen die Großstädter hat. Man arbeitet lieber mit Polen. (Zuruf links.) Das patriarchalische Verhältnis hat sich überlebt und der Tarifvertrag beherrscht das Arbeitsverhältnis. Man könnte Leute, die auf dem Lande mit anderen Arbeitern beschäftigt sind, wie Kanalar- und Bahnbauer, der Landwirtschaft wieder zuführen. Die Reichsbehörde hat 450 Poststationen vom Lande nach Großberlin geführt. (Zuruf links.) Das ist ganz falsch, da hier die Möglichkeit besteht, häßliche Arbeiter zu beschäftigen. Billig bekommt man diese allerdings nicht, dann muß eben in den Etat mehr eingestreckt oder durch die Erwerbslosenfürsorge geholt werden. Die Lage ist geradezu trostlos. In Reutlingen machen z. B. die allein auf Karren zu beziehenden Lebensmittel 620 M. im Monat aus. (Zuruf links.) Rechnet man das allerunterwendigste, Miete usw. hinzu, so kommt man auf 1000 M. Dabei hat dann der Arbeiter noch kein Stück Kleidung. 1000 M. verdienen aber die wenigsten Arbeiter zur Zeit, denn viele Industrien arbeiten nur halbe Zeit. Die Bevölkerung ist also nicht mehr leistungsfähig. Dazu kommen noch immer mehr anschwellende Arbeitererzergattungen. So haben allein in letzter Zeit die Reichsbetriebe 18 000 Menschen entlassen. Sogar die Kriegesbeschädigten dürfen bis auf 8 Prozent entlassen werden. Die Löhne und Gehälter sind auf das höchste schreckliche gestiegen, die Lebensbedürfnisse aber auf das zwanzigste und dreißigste. (Sehr richtig.) Mit der Herabsetzung der Löhne ist also nicht geholfen. So wie in Virmasens kann man nicht arbeiten. Schuhwaren werden dringend gebraucht, da dürfen keine Betriebsstilllegungen vorgenommen werden. Es ist viel zweckmäßiger, mit den für die Erwerbslosenfürsorge aufgewendeten Mitteln die Produktion zu unterstützen. Die Kostenträger müssen unbedingt unterstützt werden. Die Bautätigkeit muß forciert werden; so kann man durch Siedlungen und Kanalarbeiten besonders dem Braunkohlenbedarf helfen. In Berlin fehlt es an 20 000 Wohnungen. Hier könnte man wenigstens die Postgeschäfte ausbauen.

Eine halbe Stunde von Berlin nach Osten stehen 200 Wohnungen auf einem Truppenübungsplatz leer. In Berlin ist jedes Haus reparaturbedürftig, da könnten taubende von Arbeitern beschäftigt werden. Sagen das Berliner Verkehrsleute in die Bahnverwaltung nichts. Nach dem Osten haben wir noch zweigleisige Bahnen. Aber es scheint, als ob wir abbauen, statt ausbauen. Der Redner empfiehlt die Richtlinien der Gewerkschaften.

Arbeitsminister Brauns: Seit Beendigung des Krieges besteht eine chronische Arbeitslosigkeit. Im Januar hatten wir 447 000 Unterstützungsberechtigte, am 1. Juni nur 270 000, gegenwärtig aber wieder 357 143. Dazu kommt die teilweise Einschränkung vieler Industrien in den letzten Monaten. Im Vordergrund aller Sozialpolitik steht die Arbeitsvermittlung. Das Arbeitsministerium tut alles in seinen Kräften Stehende. Seit November 1918 bis zum 31. März 1920 sind insgesamt 1400 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge bewilligt worden. Die gewerkschaftliche Unterstützung wird in Zukunft nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet. (Beifall links.) Den Kurzarbeitern wird dadurch entgegengewirkt, daß die Anrechnung ihres Lohnes von 70 auf 60 und in manchen Fällen auf 50 Prozent herabgesetzt wird. (Beifall.) Bei den großen Ausgaben müssen mit dem Reich auch die Länder, Gemeinden, Arbeitgeber und der Handel zusammenarbeiten. Kein privates gewerkschaftliche Selbsthilfe dürfen unter keinen Umständen einschleichen sein. (Beifall.) Auch die Arbeiter müssen mithelfen. Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, durch Unterlassung jedes überflüssigen Streiks. Das Beispiel der Hebertunarbeit bei Bergleuten könnte auch bei anderen Kategorien Nachahmung finden, z. B. im Bergbau. Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Krise, trotzdem haben wir soziale Fortschritte gemacht. (Beifall.)

Genosse Robert Dikmann

Die Arbeitslosigkeit trifft heute die Arbeiterschaft weitaus schwerer als in der Vorkriegszeit. Und wenn in der Kriegszeit immer der „Dank des Vaterlandes“ in Aussicht gestellt wurde, so haben die Arbeitslosen heute ihre Ansprüche auf Grund dieses Versprechens anzumelden. Statt dessen trat bald nach Einführung der Unterstützungssätze eine schamlose Reduzierung der minimalen Sätze ein. Selbst bürgerliche Stadtverwaltungen haben ein, daß mit diesen reduzierten Sätzen die Erwerbslosen dem Verhungern preisgegeben waren. Wir haben aber auch zu verlangen, daß die Sätze für weibliche Unterstützungsberechtigte die gleiche Höhe aufzuweisen haben.

Es ist unmöglich, daß mit den gewährten Sätzen eine Familie ihren nackten Unterhalt bestreiten kann, besonders angesichts des Umstandes, daß die Arbeiterkassen Jahre des Elends und der Unterernährung hinter sich haben. In der L. Woche soll überhaupt keine Unterstützung gezahlt werden. Ich frage den Herrn Arbeitsminister: Wie soll während dieser Woche die Familie ihr Leben überhaupt fristen können?

Der Gegenwärtige der Regierung sieht ferner vor, daß der Rentenempfänger, der zu ¼ erwerbsunfähig ist, überhaupt vom Bezug der Unterstützung ausgeschlossen sein soll. Ist dies der Dank des Vaterlandes?

Wir beantragen, daß unter Mitwirkung der Gewerkschaften ein angemessenes Existenzminimum ausgearbeitet werden muß. Ein Skandal aber ist es, daß die Gewerkschaftsunterstützungen noch vom Staat in Abzug gebracht werden, das bedeutet eine direkte Strafe für die Solidarität der Arbeiterschaft und entspricht vollkommen dem Geist, wie er sich in den Arbeitsgemeinschaften breit macht.

Der Herr Arbeitsminister führt an, daß eine Summe von 1 Milliarden 400 000 Mark für die Erwerbslosen aufgewendet wurden. Wenn Sie in allen den Jahren des Krieges

Hunderte von Milliarden für Zwecke des Nordes

aufbrachten, so müssen Sie jetzt auch Milliarden aufbringen, um Menschen am Leben zu erhalten.

Über das Problem hängt zusammen mit dem ganzen Wirtschaftssystem. Und wenn wir das Übel an der Wurzel erfassen wollen, dann muß das herrschende System beseitigt und durch den Sozialismus ersetzt werden. Das hat die Arbeiterschaft auch erkannt. Und darum sind zu Millionen aufgestanden, um den Sozialismus zu verwirklichen. Aber mit Handgranaten und Maschinenengewehren werden sie empfangen.

Die Arbeiter wissen, daß viele Milliarden ins Ausland geschleppt wurden, um sie dem deutschen Steuerfiskus zu entziehen. Der Kapitalismus aber findet sich auch über die Grenzen der Länder hinweg. Schauen Sie doch einmal dorthin, wo Gebiete des Deutschen Reiches durch den Versailles Frieden vom Reich getrennt sind. Ueber 75 Prozent des Kapitals im Saargebiet ist in ausländischen Händen. Das ist die internationale Solidarität des Kapitals. Und vergleichen Sie damit das ständige vaterländische Geheul, das Sie hier immer anstimmen. Und ebenso verhält es sich in Danzig und in allen Teilen des besetzten, aber auch des unbefestigten Gebietes.

Die Spekulation des deutschen Kapitalismus ist eine offensichtliche. Sie wollen den französischen, englischen und amerikanischen Kapitalismus gegen die deutsche Arbeiterschaft auspielen, wenn diese die politische Macht erobert und den Sozialismus verwirklichen will.

Es ist aber auch notwendig, einiges über die Entwicklung auf dem Eisenmarkt zu sagen. Wie bei den Kohlen und den anderen Warenpreisen erlebten wir eine tolle Teuerung auch auf dem Eisenmarkt. Sie betrug, verglichen mit den Preisen vor dem Krieg, bei vorgezeichneten Rohstoffen eine 35fache Preissteigerung, bei Waldbahn eine 40fache, bei Grob- und Feinblechen eine 45fache und bei Mittelblechen eine 50fache Preissteigerung. Und halten Sie dabei fest, daß die Schrottpreise um das 10fache stiegen. Und demgegenüber sind die Löhne nur um das 5fache gestiegen.

10 Milliarden

hat die deutsche Volkswirtschaft allein der wilden Preistreibelei der Schwerindustrie im letzten Jahre opfern müssen. Durch diese Preistreibelei tritt auch eine Arbeitslosigkeit in den Waggonfabriken ein, weil selbst der Staat die Riesenpreise nicht mehr zahlen kann.

Wie man aber die weitere Produktion unterbindet, zeigt sich nicht nur am Abbau hundert von Ziegeln, sondern auch bei Braueren und die hohen Schrottpreise zeigen davon, daß tausende von Werkzeugmaschinen auf den Schrotthäufen gemorren worden sind. Da sehen Sie, was treibt Sabotage am deutschen Wirtschaftstreiben, wer vermehrt das Elend der Arbeitslosigkeit? Und gegen diese Sabotage des Unternehmertums hilft kein sanfter Appell des Herrn Arbeitsministers, da mühten ganz andere Saiten anzugesogen werden.

Das Arbeitgebertum muß die Kette aus. Um kein Müßigen an der Arbeiterschaft zu fühlen! Anstatt die Kaufkraft der Masse zu heben, wird sie durch weitere Lohnabhängige geschwächt. Die Unternehmer haben seit acht Wochen die Parole

keine Lohnrechnung, sondern Lohnabzüge.

Wir verlangen, daß durch die Produktionskontrolle

der Arbeiter und Angestellten dieser Sabotage und dem Wirtschaftstreiben gesteuert wird. Trotz des reaktionären Geistes des Betriebsrätegesetzes werden sich die Arbeiterkassenherausgeber und Mitbestimmungsrecht erkämpfen.

Die Arbeiter werden alle Opfer auf sich nehmen, um eine planmäßige Wirtschaft zu errichten und das kann nur eine Sozialistische sein.

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Berichtigung der Interpellation in Verbindung mit dem unabhängigen Antrag beschlossen, jedoch auf Donnerstag nachmittags 10 Uhr verlegt. Außerdem dritte Lesung des Entwurfsgesetzes.

Theater und Vergnügen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr:
Der Kuzelgen

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: **Julius Caesar**
(H. v. Arnim, V. Arnim)

Deutsches Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Weibsteufler

Kammerpiele
8 Uhr: **Die Notbräute**

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **Wälsche der Pandura**

Theater des Westens
1 1/2 Uhr:
Der ehemalige Deutscher

Berliner Prater
Kolonnen-Allée 7-9
12 Varietee-Sensationen 12
In der
Zamp-Ziele **Großer Ball**
Anfang 7 1/2 Uhr

Balthasar-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Internationale

Sommerth. „Groß-Berlin“
(Kleines) u. Hofenheide 15
Novembersturm
Waldstück in 3 Akten von
Emil Gailup, dem Verfasser
der „Internationale“
Vorher, ab 1 1/2 Uhr:
Spezialitäten

Theater Kottbus-Str.
Tel. Moritzplatz 14814
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
210 Chören - Konzert
Vorh. 11-14 u. 4-6

Neue Welt
Wend Scholz
Hofenheide 108-114
Täglich Konzert
und Vorstellung
Dienstags, Mittwchs,
Donnerstags u. Sonntags
Großer Ball
Die Kofferkäufe ist tägl. ged. u.
Anfang mochenstags 8 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Kammer-Tanzspiele
Wilsdorf 6, am Kolonnenplatz
Tel. 2006
Tägl. 7 1/2 Uhr: **Orient Ballett**
und **Schönheits-Tänze**

Cirkus Busch
Ochlaude
Täglich 7 1/2 Uhr:
Dr. Spezialitäten - Vorstellung
! Perlas !

Ehemaliges Voigt - Theater
Kottbus-Str. 58
Sommerbühne:
Täglich nachm. 1 1/2 Uhr:
Bunter Teil
Abends 7 1/2 u. 11
Die Dame vom Circus

Rose - Theater
7 1/2 Uhr: **Ein Walzertraum**
S. A. r. e. n. d. e.
Täglich 7 1/2 Uhr: **Süße Süße**

Apollo - Theater
Friedrichstr. 218
Wochenblatt
7 1/2 Sonntags 11 1/2 u. 7 1/2
Unübertreffliches Varietee-Programm!

Casino - Theater
Wiedereröffnung Freitag, 13. Aug.
mit dem neuen Volksstück
Knorp's sel. Witwe

Unsere

8 Ausnahme-Tage

bieten noch

bis nächsten Sonnabend besondere Gelegenheit

zum Einkauf für

Mäntel! * Kleider! * Kostüme! Blusen! * Röcke! * Sportjacken! Kindermäntel! Trauerkleidung! Unterröde!

Preise größtenteils unter
die Hälfte herabgesetzt!

Damen-Konfektionshaus M. Kraus & Co.

Berlin D, Frankfurter Allee 50 Eckhaus
Niederbarnimstr.

Straßenbahn-Linien: 6, 68, 69, 70, 71, 77, 78, 168.

Ziehung 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31. August

Grosse Geld-Lotterie

zu Gunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen
26 670 Geldgewinne im Gesamtwert von Mark

1 MILLION 250 000 100 000

bar ohne Abzug zahlbar

Lose 6 Mark Porto u. Liste M. 1.10 extra

10 Lose sortiert ana **60 M.**
verschiedl. Tausend

H. C. Kröger Berlin W 8
Friedrichstr. 162-163
Erbhdt. bei d. Preuss. Lotterie-Einschwerz
sowie in all. Lotterie-Gesch.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4
Norden 106 21.

Täglich frische **Seefische**
u. **Räucherwaren**
Geestemünder Fischhalle Stoglitz
Albrechtstr. 131. Ecke Döppelstr.

Mietzner

Kinderwagen **Wellhaus**

Berlin, Andreasstr. 23, am Platz
Brunnenstr. 95 Beusselstr. 67
Loipziger Str. 54-55, Kolonnenaden
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a



VARIETE-GARTEN
Babststr. 18
Das große Elite-Variete-Programm
Seden Mittwoch **FEUERWERK** Jeden Donnerstag

„Der Schuhhof“

Inhaber: H. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung,
Berlin W. 9, Linkstraße 11

Diese Woche

Gute Herrenstiefel 138.55 M.
Leinwand, Leinwandstiefel

Gute Damenstiefel 98.55 M.
auch in Leinwand, hoch. Pod., Leinwand

Burschen- und Bachschulstiefel 89.30 95.55 M.

Gute Knaben- u. Mädchenstiefel 54.55 M. Gute Knaben- u. Mädchenstiefel 59.55 M.
Felpen 27-30 Felpen 31-35

Spandau, Breite Straße 23.
Tuderschleife und Extra-Offerte einbehalten. Geschäftszeit im Monat August 9-5 Uhr.

Wir kaufen und zahlen sehr hohe Preise für

Kupfer, Blei, Zink, Messing
Staniol, Zinnfolie, Quecksilber, Aluminium, Celluloid, Metallabfälle, Platin, Gold, Silber, PETERS, Preussenerstr. 24, MÖBUS, Waldstr. 3, GERMEL, Gubenstr. 59, DEGENER, Schöneberg, Bahnstr. 46, HAASE, Schillerstr. 93a, Ede Reifiger Weg, BOELKE, Hammerstr. 10

Konzert-Kaffee Tivoli

Chausseest. 25 Wird renoviert!

Wiedereröffnung: **Sonnabend, den 7. August**

Alle Zahngebisse
Glatzschalle, Goldschalen, Silberarbeiten
Emma Linke
Wilsdorfstr. 40, 2. Unt., 11 Tr.
Kupfer M. 10,-
Rotguss M. 9.50
Messing „ 5.50
Zink „ 2.50
Metallverkauf Charlottb.,
Wasser 53, Tel. 2011, 1871.
Kupfer 8.50, Messing 5.-
Zink 6.50, Zink 2.70
Neue Hochstraße 38.

Alle Gebisse
bis 1000 Mk.
Platin, Brennstein, Goldbruch, Silberbruch,
kaufe für eigene Fabrikation.
Schubert, Joha.,
Häselstr. 63, nahe Wäckerin,
Chausseest. 110,
Postl. 1, 2, 1.

Keine Frau

(Alle verfahren, ausführl. Prospekt über hygienische Weibsel-
arbeiten ersuchen. Auf Wunsch sachgemäß Beratung.)
Frau E. Koopmann, Berlin 232, Potsdamer Straße 104.

Heute und Freitag, den 6. August
findet bei einsetzender Dunkelheit (9 Uhr) ein

Riesen-Feuerwerk im Stadion

mit 6 Fronten und allen vornehmlichen Neuheiten statt
Ausführung von Pyrotechniker E. Uerkels, Hannover-Drink.

Beginn 1/2 7 Uhr. **GROSSES KONZERT** Beginn 1/2 7 Uhr.
Verstärkter Bahnverkehr auf allen Linien.

Verkauf an allen Theaterkassen von E. Uerkels. Preise der Plätze einschließlich Steuer:
Orchestra 5.-, Empfang u. Wandelgang 10.-, Logenplatz 2.-, Kassenöffnung 6 Uhr.

Messing 5⁵⁰
Blechabfälle
Kupfer 9⁵⁰ Rotguss 9⁵⁰
Schall- Stereon- Blei 3⁵⁰
und
kauft Schrag, Eisenstr. 23
im Laden, nicht Keller.

Nicht bis
Kupfer . . . 9.75
Rotguss . . . 9.50
Messing . . . 4.75
Zink, Zink, Zinn
sämtliche Metalle kauft
Metallverwertung
Tel. Humboldt 3302
Weidenburger Straße 11
Rippenstr. Straße 121a
Reinholdsdorfer Str. 107
Gipsstraße 10
Lathring Str. 47, unen l. Reiter

Sollnowstr. 5, Hof
Kupfer . . . 10,-
Messing 5.25
Zink 3.-

Kupfer
Rotguss, Messing, Zink
Blei **1000** und
Sebastianstraße 66.
Metallbetten, **Schleifstein**
managen,
Kleiderbrett, **Polster** an
männl. Katalog frei. **Eisen**
mehrfachzahl. **Wahl** l. Zeh.



Spezial-

OBST UND GEMÜSE

Geschäfte

der

Konsum-Genossenschaft
Berlin u. Umgegend E. G.
m. b. H.

Zentrale:
Lichtenberg, Rittergutstraße

1. G.: Sonnenburger Str. 23
2. „ Prinz-Eugen-Str. 5
3. „ Hochstädter Str. 16
4. „ Wildenowstr. 18
5. „ Bornemannstr. 1
6. „ Kolonnenstr. 71
7. „ Ullnauer Str. 17



Laufende Lieferungen aus genossenschaftl. Wirtschaftsvereinigungen zu
billigsten Tagespreisen.

Autoreifen-Reparatur-Werkstatt

Dampf-Vulkanisier-Anstalt

Hans Päske

Inh.
Richard Pintaski
Berlin SW 29
Führlinger Str. 16 :: Tel.: Mpl. 8756

Spezialität:
Protektieren von
Reifen, Gummi-
und
Eisern-Gießgüsse

Reparaturen
an Decken und
Schlüssen, sowie
Durchschläge und
Wulfbrecher werden
sauber und sorgfältig
ausgeführt

Jede Arbeit wird unter Garantie geliefert, auf Wunsch abgeholt

Der Lohnabzug

Ausführungsbestimmungen zum Steuergesetz

Mit dem 1. August tritt das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind erlassen worden.

Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusehen mit dem Werte, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzurechnen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Lantien, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Bartegelber, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvertretungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungeführten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzug frei. Diese Teile sind zu berechnen, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom 10prozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnberechnung 5 Mark für den Tag, sowie je 1 Mark 50 Pfennig für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mark; bei Monatslohn 125 Mark für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Ueberschreitet unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Tantieme abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nach der Art der Arbeitstätigkeit eine längere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. bei Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit 4 Kindern nach Abzug der obengenannten Beiträge zur sozialen Versicherung 756 M. Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 M. abzusetzen und weiter 5 mal 40 = 200 M. für die Ehefrau und 4 Kinder, so daß insgesamt 325 M. dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 M., von denen 10 Prozent einzubehalten sind. Das würde 43 M. 10 Pf. ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist, und er daher in diesem Jahre bei Monatslöhnen nur für 10 Monate erfolgt, 433 M. einbehalten. Das steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 M., wovon für 1920 488 M. an Einkommensteuer demnächst zu entrichten sind.

Oder ein anderes Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger bezieht einen Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge in Höhe von 260 M. In diesem Falle sind 30 M. abzusetzen, so daß nur von 230 M. der 10prozentige Abzug gemacht zu werden braucht. Wird der Abzug in diesem Jahre für 40 Wochen (vom

25. Juni 1920 ab) gemacht, so werden dem Arbeitnehmer insgesamt 920 M. einbehalten. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von rund 11 500 M. hat er aber für 1920 demnächst 1755 Mark Einkommensteuer zu zahlen.

Gewerkschaftliches

Betriebsstilllegungen und Demobilisationskommissar

Zu dem gestrigen Artikel „Stilllegung von Buchdruckereien“, werden uns einige Einzelheiten über die Stilllegung der seit fast 100 Jahren bestehenden Buchdruckerei Sittenfeld mitgeteilt. Dieser Fall ist besonders charakteristisch dafür, wie beratige Stilllegungen vom Demobilisationskommissar behandelt werden. Nachdem dem Betriebsrat am 3. 7. die Mitteilung gemacht wurde, daß der Betrieb vom 31. 8. stillgelegt werden soll, wandte sich dieser über die Organisation an den Demobilisationskommissar. Der Betriebsrat wies dort in einer Besprechung am 6. 7. darauf hin, daß der Betrieb seiner Ansicht nach durchaus lebensfähig sei, da er über einen festen Stamm behördlicher Aufträge verfüge. Als Resultat dieser Besprechung wurde seitens des Vertreters des Demobilisationskommissars die Hinauschiebung des Auflösungsstermins und eine Betriebsprüfung durch Sachverständige in Aussicht gestellt.

Die weiteren Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar nahmen jedoch einen ganz andern Verlauf. Der Vertreter des Demobilisationskommissars erklärte, den Unternehmer könne keine Nacht der Welt zwingen, seinen Betrieb weiterzuführen, auch wenn der Betrieb noch so rentabel sei. Eine Hinauschiebung des Auflösungsstermins läme auch nicht in Frage, da die von der Firma abgeschlossenen Verträge dem entgegenstünden. Die Betriebsprüfung könne ebenfalls an der Auflösung nichts ändern. Dem Betriebsrat wurde nun ein Vergleichsvorschlag der Firma durch den Demobilisationskommissar unterbreitet. Dieser sah in seinen günstigsten Punkten die Uebernahme der Hälfte des Personals in andere Druckereien vor und für den Rest eine Abfindungssumme von ungefähr je einem Wochenlohn.

Die Betriebsversammlung wies diesen Vorschlag mit Entrüstung zurück; sie verlangte die Aufrechterhaltung des Betriebes, die Erhaltung der Produktionsmittel. Der Betriebsrat suchte nun bei allen in Betracht kommenden Ministerien und Behörden eine Hinauschiebung des Auflösungsstermins zu erreichen. Alle Instanzen fanden seinen Bemühungen um Erhaltung des Betriebes „wohlwollend“ gegenüber, konnten jedoch die Stilllegung nicht verhindern. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig große Zahl sehr alter Kollegen, die im Betriebe beschäftigt sind, brachte der Betriebsrat am 23. 7. die Verhandlungen schweren Herzens durch einen Vergleich zum Abschluß, der Unterbringung der Hälfte des Personals und für den Rest eine Entschädigung von je 200 M. und 50 M. für jedes angefangene Dienstjahr vorsieht.

Diese Vorkommnisse zeigen allen Arbeitnehmern, daß den Betriebsstilllegungen mit den bestehenden Gesetzen nicht beizukommen ist. Parteien, Gewerkschaften und Räte müssen gemeinsam dieser Unternehmerrabotage entgegenwirken. Mehr als je muß die Parole gelten: „Volles Mitbestimmungs- und Kontrollrecht den Betriebsräten!“

Streik der Dungkutscher

Der Gastwirt Gustav Lehmann am Ostbahnhof 7 und der Gastwirt Karl Regrasius, Nichtenberg, Kronprinzenstraße 8, haben ihr Lokal zu einem Streikbrecherbureau eingewidmet. Es ist durch die Streikenden festgesetzt worden, daß per Telefon sämtliche Aufträge von den Gastwirten selbst entgegengenommen werden.

Da es sich hier um eine gerechte Forderung der im Kampfe stehenden Kollegen handelt, muß es Aufgabe der gesamten Arbeiterchaft sein, den Herren die gebührende Antwort zu erteilen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion II.

Deutscher Bauarbeiterverband, Verein Berlin. Den Mitgliedern diene hiermit zur Kenntnis, daß infolge der hohen Kosten für Fahrgehd es untern erwerbslosen Kollegen oft schwer wurde, sich täglich der Kontrolle zu unterwerfen. Der Vorstand und die Delegiertenversammlung haben sich mit dieser Frage beschäftigt, und einstimmig beschließen, daß die Abstempelung der Kontrollkarten für die Folgezeit für alle Kollegen dreimal in der Woche und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, in der Zeit von 9-1 Uhr, in den Bezirkslokale, außerdem im Bureau, Zimmer 58, zu erfolgen hat.

Hierbei ist allerdings Voraussetzung, daß der erste Tag der Arbeitslosigkeit immer als Kontrollmeldetag gilt. Der Vorstand.

Zum neuen Lohnstarif der Eisenbahnen über sandte uns der Betriebsrat der Betriebswerkmeisterei Grunewald einen an die Adresse des Vorstandes des Eisenbahner-Berndandes gerichteten Brief, in dem nachgewiesen wird, daß sich die Arbeiter nach dem neuen Tarif schlechter stellen als nach dem preussischen Tarif. Z. B. würde ein Familienvater mit 4 Kindern 25 Pf. pro Stunde weniger erhalten. Ueber die Einteilung der einzelnen Arbeiter seien die Unterhändler nicht im klaren gewesen. Sollte der Vertrag unterschrieben werden, dann wollen die Einsender ihren Austritt aus der Gewerkschaft erklären.

Geldschrankfabriken und Bauschloßereien. Die Tarifkommissionen obiger Betriebe werden hiermit zu einer Sitzung am Freitag, den 6. August 1920, nachmittags 4 Uhr, in den Räumen des Zentralverbandes der Angestellten, Belle Alliance-Straße 7/10, eingeladen. Ufa, Ortsrat Grob-Berlin.

Grob-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Zentralvorstandssitzung mit Aktionsrat findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Verbandsbureau, Schillerstr. 5/6, statt. Die Tagesordnung lautet: Fortsetzung der Debatte über Spaa. Zu dieser Sitzung sind sämtliche Abgeordneten eingeladen. Die Geschäftsleitung.

Die Trauerfeier für Karl Hilbig

war ein ergreifender Abschied von dem allzu früh enttassenen Mitkämpfer. Unsere Stadt- und Bezirksverordneten und eine große Zahl von Freunden und Kampfgenossen hatten sich im Krematorium eingefunden.

Nach einem, vom Wilmersdorfer Männerchor gesungenen Lied, sprach Gen. Dr. F. J. A. im Namen der Partei Worte des Gedankens und des Dankes und schilderte die aufopfernde Arbeit und Hingabe, die Selbstlosigkeit und Konsequenz des Dahingegangenen. In keinem Sinne müssen wir die Augen vorwärts richten, dem großen Ziele zu, daß ihm vorgezeichnet hat. Oberbürgermeister Habermann, Wilmersdorfer Stadtverordneter, bürgermeisterlicher Habermann, Vertreter der Stadtverordnetenfraktionen des Wilmersdorfer Stadiparlaments, Delegierte der S. P. D. und K. P. D. sprachen von der allgemeinen Anerkennung und Wertschätzung, die Hilbig bei Freund und Feind, seines aufrechten und rechtschaffenen Beweises wegen, erworben hat. Für die Kreisleitung Teltow-Beesow sprachen die Genossen Künstler und Zubeil von der großen Lücke, die durch das tragische Schicksal in die Partei gerissen und die auszufüllen unsere Pflicht und unser Streben sein muß. Freunde und Gewerkschaftsgenossen, politische Gegner und Mitkämpfer sprachen den trauernden Angehörigen ihre herzlichste Teilnahme aus, die jeden erfüllt, der Hilbig in seinem unerlöschlichen idealen Wirken je begegnet ist. Harmoniumspiel, Chor und Einzelgesang schloffen die erhebende Feier.

Wohltätigkeitschwandel oder Geheimorganisation?

Seit einigen Tagen läßt ein ehemaliger Leutnant Jabel, der sein Quartier in einer Pension, Kleiststraße 27, hat, durch Betraute seiner Umgebung in dem Schulzimmer der Realschule Steglitzer Straße 8, Vorträge über eine Arbeitslosigkeit aller Berufe aus welcher mit einem Schläge die Arbeitslosigkeit aller Berufe aus der Welt schafft, das Wohnungselend banni, und unsere Industrie fördert. Die Ausführungen sind bis jetzt stets in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, es werden positive Tatsachen nicht erzählt, außer der sehr oft und eindringlichen Mahnung, 1.20 M. Eintrittsgeld zu zahlen. Die Zuhörer bestehen zum Teil aus ehemaligen Offizieren und Studenten, welche alle auf der Suche nach einer Existenz sind. Arbeiter und Kaufleute, welche sich die Sache anhörten und an der praktischen Ausführung zweifeln, wurde erklart, daß ihre Fragen als Neugierde ausgelegt werden, und sie besser täten, nicht wieder zu kommen. Vielleicht interessiert sich aber die Öffentlichkeit für folgende Fragen, welche als Tatsachen stets erwähnt wurden.

Welches sind die Professoren und Erfinder, welche ihre Namen nicht nennen wollen und im Gründungskomitee sein sollen? Wer ist der Geldgeber der angeblichen Missionen? Welches Staatsministerium hat sich bereit erklärt, eine Beihilfe zu gewähren? Wo sind die angeblich angekauften Torfmoore? Woher kommen die Lebensmittel und die Arbeitskleidung für die Arbeiter? Warum betreibt man die Werbearbeit streng geheim? Warum sollen die Geldkollektionsammler 7 Prozent Provision erhalten? Woher erklärt sich das Interesse dieser Bewegung für Studenten und Offiziere, während doch die Arbeiterschaft bis jetzt sehr wenig von der Existenz dieser weltbeglückenden Organisation weiß? U. A. w. g.

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

29]

Russia schläft jetzt mit Wowa im Kinderzimmer. Der verwaisste Wowa tut mir ganz besonders leid. Wir sorgen abwechselnd zu dritt für ihn: Russia, der Gute Mensch und ich. Fast niemals lassen wir das Kind allein, und doch ist es nicht oaselbe wie früher.

Das Kind scheint aus dem Geleise gekommen zu sein. Verstandnislos, mit unbarmherziger Hand hat jemand sein Leben erlakt und auf den Kopf gestellt; hat jemand Dornen auf seinen Weg gestreut; das Kind sticht sich, schreit auf und kann die rätselhafte Veränderung nicht verstehen; es leidet, sein kleines Herzchen trauert. Oft weint Wowa, häufig sogar ohne Grund. Er liebt es nicht, allein im Kinderzimmer zu bleiben, da er dort die Gegenwart des Todes fühlt.

Draußen gibt es starken Frost. Die Fenster sind mit phantastischen Mustern vereist. Im ungeheizten Zimmer ist es kalt, und weil die Fenster das trübe Licht nicht durchlassen, erscheint die Kälte noch erschreckender.

Wowa ist in meinen großen, alten Pelz gehüllt. Er kann sich nicht bewegen, er sitzt in meinem Kabinett auf dem Divan, und nur seine Augen und die Nasenpitze sind zu sehen. Aber diese lange, oft stundenlang dauernde Regungslosigkeit ermüdet ihn. Ich sehe, wie er das Kinn bewegt, um die Falte des Pelzes zu vergrößern und ein klein wenig das Mündchen zu öffnen.

„Papachen“, sagt er, „warum kann ich nicht spielen?“

„Es ist kalt, mein Junge!“

„Aber ich habe ja jetzt warm, Papachen!“

„Wenn du aber aus dem Pelz herauskommen wirst, so wirst du frieren!“

„Warum ist es denn aber kalt bei uns?“

„Es ist nicht geheizt, mein Liebling!“

„Erinnerst du dich aber, Väterchen, wie es schön warm bei uns war?“

Ich senkte die Augen. Vielleicht wird auch er schweigen. Aber das Kind arbeitet in Gedanken weiter, will bis auf den Grund der Wahrheit gehen, die uns Erwachsenen fremd ist.

„Papachen, aber die Sonne wärmt doch?“

„Ja, mein Junge!“

„Weshalb kommt sie denn jetzt nicht, Väterchen?“ Dann könnte ich jetzt spielen. Dann brauchte ich ja auch keinen Pelz, nicht wahr, Papachen?“

„Du hast recht, mein Liebling, aber siehst du wohl, die Sonne ist ja nicht da, du siehst, es gibt Schnee draußen und Frost!“

Er schweigt.

„Papachen, ist es wahr, daß Gott die Sonne schickt?“

„Ja, mein Junge, es ist wahr; aber wer hat dir das gesagt?“

„Nanja, Papachen. Sie sagt, wenn der liebe Gott des Morgens aufsteht, so leuchtet er die helle Sonne und sagt ihr: Steh auf, geh und leuchte, auf daß die Kindlein spielen können. Ist das wahr, Papachen?“

„Es ist wahr, mein Junge!“

Lange blickt er mich an, und in seinen Augen sehe ich Bedenken erwachen.

„Väterchen, ich möchte so gerne spielen, aber die Sonne will nicht scheinen!“

Ich schweige. In Gedanken aber rufe ich das Leben an, damit es auf diese kindliche Frage antworte, während ich selbst mit meinem abgelebten, skeptischen Verstand mir überlege, ob meine Antwort überhaupt möglich ist. Ich leide so tief in meiner Seele für meinen Jungen.

Hunger, du bist mein Gott, du Räucher und Gerechter, ich falle vor dir auf die Knie, weil du mir Blindem im Alter die Augen geöffnet hast. Ich habe die Menschen und die Welt verstanden, ich habe begriffen, wie groß Verbrechen ich gegen Millionen und aber Millionen menschlicher Wesen, die sich im Hunger krümmten, beging.

Solltest du mich auch ins Grab bringen, so segne ich dich trotzdem, da es ein Glück ist, erkennend zu sterben, und ich werde meine Erkenntnis der Nachkommenchaft vererben.

Ja—ja—hal lacht jemand in mir oder in mich hinein; ich weiß nicht, lacht er über mein graues Haar, lacht er über meine Naivität. . . .

Nach dem Fortgehen meiner Frau und dem Tode der Wärterin geschah es, ich weiß nicht wie, daß der Gute Mensch an unserem Tische erschien, oder eher wir uns an seinen Tisch versetzt sahen.

Ich verstehe nichts vom Leben, von praktischen Dingen, ich hatte nicht Gelegenheit zu kämpfen; ich sah mich nie genötigt, mein Stück Brot im Kampf zu erwerben. Nachdem ich nun mein letztes Geld für die Küche gegeben hatte, wußte ich weder ein noch aus.

Ich beginne allerlei Möglichkeiten zu bedenken, um für mich selber und meine Kinder ein Stück Brot zu erwerben, aber gewöhnlich werden meine Gedanken bald vom Wege der praktischen Realität abgelenkt, und beginnen im Reiche der Chimären umherzuirren, im Gebiete der unerschließbaren Möglichkeiten, der philosophischen Spekulation. Oft ertappe ich mich dabei, wie ich nach drei bis vier Stunden des Nachdenkens nicht um einen Schritt vorwärts gerückt bin. Ich beginne von neuem, — es ist wieder dieselbe Geschichte. —

Wenn nicht der gute Mensch in diesen schweren Tagen gegen gewesen wäre, so wären wir alle vor Hunger umgekommen. Ich weiß nicht, wie es ihm gelang, mikroskopische Brotportionen herbeizuschaffen, sowie einige Kartoffeln und gemeinsam mit Russia in der Küche eine Art von Suppe zu kochen.

Zu vieren setzten wir uns an den Tisch: Wowa, Russia, ich und der Gute Mensch. Der Gute Mensch spielte die Rolle der Hausfrau, er schenkte uns das warme Wasser ein und teilte am Tische das Stück Brot, das er herbeigeschafft hatte. Das größte Stück gab er Wowa, ich und Russia erhielten gleiche Portionen, und er selbst nahm das allerfeinste Stück.

Es kam vor, daß Wowa schnell, ohne Atem zu schöpfen, in zwei bis drei Zügen seine Portion aufaß, und mit gierigen Augen auf unsere Stücke blickte, die noch auf dem Tische lagen.

Der Gute Mensch brach mehr als die Hälfte seines Stückes ab und gab es wieder Wowa.

„Ich habe heute gar keine rechte Lust zu essen,“ sagte er, mit gefentkten Augen fortfahrend, seine Suppe zu schlürfen.

Aber das Resultat war dasselbe, Wowa verschluckte schnell sein Stückchen, und blickte uns mit unverhüllter, kindlicher Gier an; man merkte wohl, daß die winzigen Stückchen seinen Appetit nur reizten.

Dann fing ich an, zum Mittagessen nicht zu erscheinen.

„Russia, speiß nur, erwarte mich nicht, ich habe in der Stadt unverzügliche Angelegenheiten zu erledigen!“ sagte ich zu meiner Tochter.

(Fortsetzung folgt.)

